

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

ZEITSCHRIFT DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



FP-Finanzskandal: Was wußte der Führer?

In der Partei der „Anständigen und Fleißigen“, daran ist nicht zu rütteln und da helfen keine Ausreden, ist der größte politische Finanzskandal der Zweiten Republik möglich geworden. Die Frage: „Und was hat der Führer gewußt?“ ist für Haider noch nicht ausgestanden.

Der „Fall Rosenstingl“ ist kein Ausrutscher eines Einzeltäters, sondern er läßt sich nur aus der Struktur der Haider-Partei erklären. Einmal dadurch, daß eine Partei, die aufgrund des hemmungslosen Populismus ihres Führers, der seinen Aufstieg vor allem einer zynisch betriebenen Politik der Ausländerfeindlichkeit verdankte, in das Dilemma geriet, eine große Zahl Mandate und Funktionen vergeben zu können, ohne über eine gewachsene Parteistruktur zu verfügen. Dazu kam die oft sehr eigenwillige und keine Kritik duldende Vergabe von Macht und Würden durch den Parteichef, die Bundeskanzler Klima treffend als „Bubertwirtschaft“, als „persönliche Seilschaften von Glücksrittern und Spielernaturen“ bezeichnet hat. Deren Wesen hat sich im Verhalten vieler FP-Macher schon bisher gezeigt – jetzt, durch den Fall Rosenstingl, ist es offenkundig für jedermann.

Die Oppositionsrolle (die die FPÖ auch dort spielt, wo sie aufgrund der Landesverfassungen Regierungssitze inne hat) wurde von dieser Partei mit Vorliebe benutzt, um sich in der Rolle der „Sauber-

männer“ zu produzieren. Damit ist es nun jedenfalls vorbei, auch wenn dabei in Kauf genommen werden muß, daß die blaue Partei mit ihren Defraudanten dem Image der Politiker in diesem Land auch ganz allgemein Schaden zugefügt hat.

Freilich: So einfach kann es sich Jörg Haider nicht machen, daß er die Rosenstingl und Konsorten aus der Partei ausschließt und mit einer – inzwischen entgegen den großen Ankündigungen ohnedies nur sehr fragwürdigen und von ihm lenkbaren – Bindung seiner Funktionäre und Mandatäre an die Erfüllung von Wahlversprechen zu überspielen sucht. Steht doch nach wie vor – und noch weiß niemand, welch tiefere Einblicke in

die FP-Verstrickungen ein Rosenstingl, ein Gratzler vor Gericht geben werden – die Frage im Raum: Was hat der Führer gewußt? Denn daß einer, der sich über angebliche oder tatsächliche Verfehlungen in anderen Par-

teien durch mitunter undurchsichtige Kanäle informiert zeigt und allenfalls mit Taferln darüber aufwartet, über so himmelschreiende Vorgänge in der eigenen Partei nichts gewußt hat – das ist entweder eine Unwahrheit, oder es zeugt von einem schlicht verantwortungslosen Führungsstil. Mit der Glaubwürdigkeit der FPÖ jedenfalls ist es nun endgültig vorbei. ■



Die „Fahne der Bewegung“

KURIER-Karikatur: M. Pammesberger

Otto Bauer zum Gedenken

Vor sechzig Jahren, am 4. Juli 1938, starb – noch nicht 57jährig – Otto Bauer, der bedeutendste Theoretiker des Austromarxismus und führende Kopf der Sozialdemokratie der Ersten Republik, im Pariser Exil.

Geboren am 5. September 1881 als Sohn eines jüdischen Textilindustriellen, schloß er sich früh den Sozialdemokraten an. Schon 1907 entwickelte er in der Schrift „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ ein Konzept zur Erhaltung des von nationalen Streitigkeiten zerrissenen habsburgischen Viel-

völkerstaates. Im Ersten Weltkrieg geriet er in russische Kriegsgefangenschaft, konnte aber 1917 im Zuge eines Gefangenenaustausches nach Wien zurückkehren. Nach Friedrich Adlers Verhaftung wurde er Wortführer der Parteilinken. Im November 1918 folgte er dem allzu früh verstorbenen Victor Adler im Amt des

Staatssekretärs des Äußeren der jungen Republik. Er sah damals, wie viele andere, im Anschluß an eine deutsche Republik eine Hoffnung für das als lebensunfähig betrachtete kleingewordene Österreich, und auch für den Sozialismus. Als die Siegermächte von Österreich unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes Südtirol und andere Gebiete abtrennten, schied Bauer vor Unterzeichnung des Friedensvertrages von Saint-Germain aus seinem Amt. Er wurde nun zum Wortführer der SDAP im Parlament, seine Positionen waren von breiter Massenunterstützung getragen und beseelten das Aufbauwerk des „Roten Wien“. Neben seiner politischen Tagesarbeit in Nationalrat und Parteivorstand, als Redakteur der Arbeiterzeitung und als Vortragender in der Arbeiterhochschule fand Bauer Zeit für zahlreiche soziologische, historische und ökonomische Werke, die zum theoretischen



Otto Bauer

Grundbestand des „Austromarxismus“ gehören (9 Bände Gesammelte Werke). So lieferte er auch die tragenden Ideen zum „Linzer Programm“ von 1926, das der Partei 1927 einen großen Wahlerfolg brachte. Früh mahnte er zum Widerstand gegen Austro- und Hitlerfaschismus, mußte aber im Februar 1934 nach Brünn fliehen. Dort gründete er das Auslandsbüro der Sozialdemokratie und sorgte für das Erscheinen der (nun nach Österreich geschmuggelten) „kleinen“ AZ. Nach dem deutschen Einmarsch in Österreich übersiedelte Bauer mit seiner Frau Helene im Mai 1938 nach Paris, wo er wenige Wochen später unerwartet starb. Am 11. Februar 1948 wurde seine Urne nach Wien gebracht und in einem Ehrengrab des Zentralfriedhofs bestattet. ■



Otto Bauers Urne wurde 1948 aus Paris geholt und im „Vorwärts“-Haus an der Rechten Wienzeile aufgebahrt

Geknebelte Bürger?

Es gibt eine antifaschistische Fotomontage des Künstlers John Heartfield-Herzfeld aus den dreißiger Jahren, das einen blutüberströmten Mann mit der Tafel „Ich werde mich nie wieder bei der Polizei beschweren“ zeigt. Der Vorsitzende der jüngst gegründeten FPÖ-Spalterergewerkschaft, Josef Kleindienst, möchte offenbar den Spruch in „Ich werde mich nie wieder über die Polizei beschweren“ umwandeln. Denn er kündigte jüngst an, seine Organisation werde künftig Beschwerden von „Gesetzesbrechern und Straftätern“ (wo bleibt die Unschuldvermutung?) gegen

Polizeibeamte ungeprüft mit Strafanzeigen und zivilrechtlichen Klagen beantworten. „Jeder, der einen Übergriff der Polizei behauptet, soll sich gleich 200.000 Schilling zurücklegen, die er nach dem Verfahren wird bezahlen müssen“, versucht Herr Kleindienst zynisch alle Leute, die sich von Exekutivbeamten ungesetzlich behandelt fühlen, einzuschüchtern. Offenbar wünscht er sich in totalitäre Systeme zurück, in denen Beschwerden über die Polizei als Verbrechen behandelt wurden. Sein Knebelungsversuch gibt so eine Kostprobe freierheitlichen „Rechtsdenkens“. ■

Haiders Prophet

„Der Dr. Haider wird aus der Geld-Sache so aussteigen, daß uns noch allen Hören und Sehen vergeht. Er wird 1999 ganz sicher ein Faktor der Innenpolitik sein. Er wird entweder wieder im Land (Kärnten) oder im Bund in einer Regierung sitzen – das steht für mich fest. Ich sehe keinen Grund, warum der FP-Chef plötzlich aus dem politischen Spektrum herausfallen soll. Für Österreich muß es andere Regierungsmodelle jenseits einer SP-VP-Koalition geben. Andernfalls würde das System in einem unerträglichen Ausmaß verfilzen. Die Einbunkerung und Einzementierung von Rot-

Schwarz halte ich für demokratiepolitisch sehr bedenklich.“ Nicht-„Kurier“-Leser dürfen raten, vom wem diese „prophetischen“ Aussagen stammen. Etwa vom früheren FP-Chefideologen und „Umvolkungs“-Spezialisten Andreas Mölzer? Weit gefehlt. Sie sind Gerhard Hirschmann, seines Zeichens steirischer VP-Spitzenmann und Landesrat, entschlüpft. Wie weit solche Vorlieben für eine Koalition mit Haider manche VP-Hezen hoffen lassen, ist ungewiß. Die Antwort der Sozialdemokraten kann nur sein, so stark zu werden, daß die Hirschmänner keine Chance bekommen. ■

Von der Euthanasie zum Massenmord

Die Erinnerung an die Nazigreuel ist unerlässlich, weil es keine selbstwirksame Immunisierung der Gesellschaft gegen Bestialität gibt: das sagte Wiens Bürgermeister Häupl bei einer Gedenkveranstaltung für die Euthanasie-Opfer.



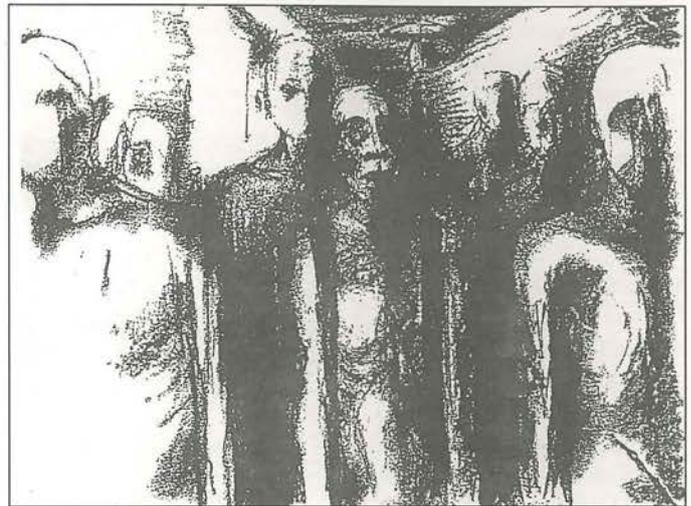
Bgm. Michael Häupl

Die Vernichtung 'lebensunwerten Lebens' stand am Anfang einer Entwicklung, die in der industriellen Vernichtung von Millionen Menschen mündete: Mit dieser Feststellung begründete Wiens Bürgermeister Michael Häupl, daß Wien die Opfer der NS-Euthanasie ins Zentrum des heuer erstmals begangenen Gedenktags gegen Gewalt und Rassismus gestellt hat.

In der Veranstaltung im Jugendstiltheater des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe führte Häupl – nach Worten der Vertreter von vier Religionsgemeinschaften – unter anderem aus: Am Beginn des Feldzugs gegen geisteskranke und behinderte Kinder stand ein bürokratischer Akt – die Erfassung von mißgebildeten Kindern. In der Folge wurden mehr als 5.000 Kinder in den sogenannten Kinderfachabteilungen am Wiener Spiegelgrund und am Grazer Feldhof ermordet. Es folgte – durch einen in knappen Worten gefaßten Erlaß Hitlers – bei Kriegsausbruch der Startschuß für die Erwachsenen-Euthanasie. Im Vernichtungslager Hartheim wurden 18.269 meist geistig behinderte Menschen ermordet, Tausende Opfer waren vom Steinhof, von Gugging, Feldhof und Ybbs in das Todeslager gebracht worden. „Es gehört zur Ironie der Ge-

schichte“, sagte Häupl, „daß die schon lange vor der Machtergreifung Hitlers entstandenen rassehygienischen und eugenischen Lehren zum Teil nicht nur das 'Tausenjährige Reich' überdauerten, sondern deren Verfechter auch noch glänzende wissenschaftliche Karrieren auf-

den Leichen ihrer Opfer aufbauen konnten. Während 1938 übrigens 3.200 von 4.900 Ärzten aus rassistischen Gründen ihre Behandlungserlaubnis verloren und 178 von 309 aktiven Professoren und Dozenten von der medizinischen Fakultät entfernt wurden.“



Vier Künstler gestalteten „Bilder zum Gedenken“



Walter Lindenbaum

Unter dem Titel „Von Sehnsucht wird man hier nicht fett“ ist eine Sammlung von Gedichten und Kurztexten von Walter Lindenbaum erschienen (Verlag Mandelbaum, Wien). Damit wird ein Wiener jüdischer Autor, Gründungsmitglied der Vereinigung Sozialistischer Schriftsteller, der Vergessenheit entrissen. Herbert Exenberger hat in einer bio-

Erinnerung an Walter Lindenbaum

graphischen Einleitung den Lebensweg dieses 1907 in Wien geborenen Dichters, dessen bitter-ironischen Kabaretttexte Anfang der dreißiger Jahre Eindruck machten, dann von der austrofaschistischen Polizei wegen ihrer „politischen Anzüglichkeiten“ permanent beobachtet wurden, geschildert. Nach dem Einmarsch Hitlers blieb Lindenbaum, wahrscheinlich wegen seiner schwierigen finanziellen Situation, im Lande. 1943 wurde er mit Frau und Kind nach Theresienstadt deportiert, wo er mit seinen Kabarettauftritten seinen Leidensgenossen half, wenigstens für

Stunden ihre tragische Lage zu vergessen (etliche dieser Gedichte sind erhalten geblieben, darunter auch das „Lied von Theresienstadt“, dessen erste Strophe wir nachstehend zitieren). Im Herbst 1944 wurden die Lindenbaums in einem der gefürchteten „Transporte“ nach Auschwitz transferiert. Für Rachel und Ruth war dort der Lebensweg zu Ende, Walter Lindenbaum wurde vor dem Anmarsch der Roten Armee noch unter grauenhaften Bedingungen nach Buchenwald evakuiert, dort starb er am 20. Februar 1945.

*Wir sind hier 40.000 Juden,
Es waren viel mehr an diesem Ort,
Und die wir nicht nach Polen verluden,
Die trugen wir in Särgen fort.
Und in den Höfen der Kasernen,
Da steht wir abends sehnsuchtsbang,
Und blicken zu den ew'gen Sternen
Hinauf und fühlen erst den Zwang.
Die Freiheit wohnt im Sternenraume
Und nicht in den Kasernenblocks,
Und nachts, da flüstern wir im Traume:
Wie lange noch, wie lange noch...
Oh merk dir's, Bruder, Kamerad,
Das Liedchen von Theresienstadt!*



Otto Redl
40 Jahre Obmann

Vierzig Jahre lang hat Otto Redl, der demnächst 84 Jahre alt wird, als Schremser Bezirksvertrauensmann die Freiheitskämpfer dieses Gebietes betreut. Sein schlechter Gesundheitszustand veranlaßte ihn nun, aus seiner Funktion zu scheiden; sie wurde von Franz Deimel übernommen. Otto Redl war bereits als Jugendlicher aktiv bei der Sozialistischen Arbeiterjugend in Schrems tätig. Im Jahr 1934 war er unter den Demonstranten, die die Verhaftung des beliebten Abgeordneten Alois Junker zunächst verhindern konnten. Als die Exekutive Verstärkung erhielt, wendete sich das Blatt, und die SAJ-Genossen, unter ihnen Redl, wurden eingekerkert. Er blieb sein Leben lang ein kämpferischer Sozialdemokrat.

Mattersburg: Den Anfängen wehren

Unter dem Titel „1998 – März 1938“ wurde am 5. Mai von unserem Bund in Mattersburg der Ereignisse vor 60 Jahren gedacht. Fred Sinowatz beleuchtete dabei die Ursachen, die zum Untergang der Demokratie führten.

Nach der Begrüßung der zahlreichen Teilnehmer durch unsere Landesvorsitzende LAbg. Gertrude Spieß erinnerte Bundeskanzler a.D. Dr. Fred Sinowatz nicht nur an die Ereignisse nach dem März 1938, sondern analysierte auch die Gründe, die zu diesem März führten. Er verwies zunächst auf den Einzug der Nationalsozialisten 1932 in den Wiener Gemeinderat; die NSDAP hatte 15 Sitze gewonnen. Sie marschierte in SA- und SS-Uniformen

in das Wiener Rathaus ein. Trotzdem gingen die Christlichsozialen zusammen mit der Heimwehr den Weg weiter zur Zerstörung der Demokratie, Dollfuß verhinderte die Wiedereinberufung des durch Formfehler lahmgelegten Parlaments, dem Verbot des Schutzbundes 1933 folgten die Februarkämpfe mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei 1934. Zu all dem kam eine heute unvorstellbare Wirtschaftskrise. Sie führte zu einer katastrophalen

Arbeitslosigkeit. 1933 waren es mehr als 377.000, 1934 über 400.000 Arbeitslose. Bei einer Beschäftigtenzahl von 1,3 Millionen



Altkanzler
Dr. Fred Sinowatz

waren mehr als 20 Prozent arbeitslos. Das autoritäre Regime versäumte die Chancen eines gemeinsamen Widerstandes mit der Arbeiterbewegung gegen die Nazi, 1938 marschierte die Hitler-Armee ein, es folgten sofort der Terror gegen Andersgesinnte und gegen die Juden, und die Vorbereitungen für den Krieg.

All diese Ereignisse, so Sinowatz, dürfen nicht vergessen werden. Wir müssen alles tun, damit nie wieder Millionen Menschen in Kriegen oder durch eine verblendete Rassenpolitik ihr Leben lassen müssen. Die Wachsamkeit für die Errungenschaften unserer demokratischen Republik ist der beste Ausdruck des Dankes an alle, die ihr Leben für Freiheit und Menschenrechte eingesetzt haben. ■



Von rechts nach links: LAbg Spieß, Stefan Billes, Alfred Ströer

Nazistische Wohnungspolitik

Bei der Jahresversammlung der Bezirksgruppe Innere Stadt am 21. April, die unter Leitung von Edith Krisch wieder vielfältige antifaschistische Aktivitäten setzt, referierte Herbert Exenberger über die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938/39. Grundlage dafür bot der von Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein und dem Referenten überarbeitete Projektbericht, der 1996 im Picus-Verlag erschienen ist. Die vertriebenen jüdischen Mieter, die im gesellschaftlichen und

politischen Mikrokosmos eines Gemeindebaus integriert waren, entsprachen plötzlich nicht mehr den absurden Rassenwahnvorstellungen der Nazis.

Am Beispiel einer kleinen Auswahl einschlägiger Zitate zeigte Exenberger das Verhalten denunzierender Nachbarn und ungeduldig auf die Durchführung der Kündigungen drängenden Nachmieter auf. Viele der aus den Gemeindebauten vertriebenen Mieter wurden Opfer des Holocausts. Auch die jüdischen Mieter aus den im Besitz der Stadt Wien

stehenden Althäusern der Inneren Stadt wurden gekündigt, die Nazi-Gemeindeverwaltung vermietete diese Wohnungen bereits an Nachmieter, obwohl sich der gekündigte jüdische Mieter noch in der Wohnung befand. Diese Vorgangsweise wurde offensichtlich gewählt, damit der neue auf den jüdischen Mieter Druck ausübte und ihn so zum rascheren Verlassen zwang. Im 1. Bezirk wurden aus Althäusern 87 Wohnungen, zwei Geschäfte, eine Arztpraxis und eine Rechtsanwaltskanzlei „freigemacht“. ■

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Herbert Exenberger, Leo Lesjak, Ernst Nedwed, Alfred Ströer und Manfred Scheuch (redaktionelle Leitung). Redaktionsschluß: 25. Juni 1998.

Tod und Rettung in Simmering

An die Opfer des Mauthausen-Nebenlagers in Wien-Simmering, aber auch an die dramatische Rettung von 190 todgeweihten Häftlingen durch das mutige Auftreten von Franz Kalteis erinnerte eine eindrucksvolle Gedenkfeier.

Die Wiener Organisation von „Mauthausen Aktiv“, hier vor allem unser Genosse Hannes Schwantner, initiierte vor einem Jahr die erste Gedenkveranstaltung in Floridsdorf für die Opfer des KZ-Außenlagers in diesem Bezirk. Am 8. Mai 1998 fand nun die zweite eindrucksvolle Kundgebung auf dem Betriebsgelände der Elektrizitätswerke auf der Simmeringer Haide für die Häftlinge des KZ-Mauthausen-Nebenlagers Saurer-Werk, auch „Wien-West“ genannt, statt.

Vizedirektor Dipl.Ing. Martin Kasztler von den Wiener Stadtwerken-Elektrizitätswerke, der Simmeringer Bezirksvorsteher Franz Haas und eine Musikkapelle der Stadtwerke leiteten die Gedenkveranstaltung ein. Unser Bundesobmann Alfred Ströer skizzierte in seinem Beitrag die Entwicklung dieses Außenlagers von seiner Gründung am 20. August 1944 bis zur Evakuierung der Häftlinge am 2. April 1945. Die KZ-Häftlinge, deren Stand im Laufe der Zeit auf 1.480 männliche Gefangene erhöht wurde, stammten aus fast allen europäischen Staaten, unter ihnen auch Juden vor allem aus Polen und Ungarn. Sie mußten Sklavenarbeit für die Nazi-Rüstungsindustrie im Saurer-Werk leisten.

In seinem Bericht verwies Ströer auf die Flucht des späteren Wiener KPÖ-Gemeinderates Josef Lauscher aus dem Lager sowie



Gedenken an die Opfer des Simmeringer KZ-Außenlagers

insbesondere darauf, daß es dem illegalen Häftlingskomitee, vor allem dem Lagerältesten Franz Kalteis, gelang, bei der Evakuierung 190 nicht gehfähige, kranke Häftlinge vor ihrem sicheren Tod zu retten. Aufgrund der zentralen Weisung des Mauthausener Lagerkommandanten sollten sie ermordet werden. Doch Kalteis rang – letztlich erfolgreich – um ihr Leben. Darüber schrieb er 1949:

„Am letzten Märztag (1945) wurde ich spätends zum Lagerkommandanten Gärtner gerufen, bei dem es zu einer dramatischen Aussprache kam. Gärtner war vollkommen außer Fassung und fragte mich sofort, wieviel Leute marschunfähig, also krank wären.

Da ich unschwer den Zusammenhang erraten konnte, übertrieb ich die Zahl und erklärte ihm, daß ungefähr 180 Häftlinge nicht imstande wären, einen längeren Fußmarsch durchzustehen....Damals setzte ich Gärtner

ruhig und leidenschaftslos auseinander, daß der Krieg verloren sei, wobei mich der leise grollende Kanonendonner unterstützte. Ich sagte Gärtner, daß gerade er als Wiener hier mitten in der Stadt nicht fast 200 Menschen umbringen könne, ohne daß tausende Zeugen ihn später dafür verantwortlich machen würden. Kurz und gut, es gelang mir, den Lagerkommandanten soweit zu bringen, daß er sich bereit erklärte, die fußkranken und sonst maroden Häftlinge ohne Bewachungsmannschaft im Lager zurückzulassen.“

Als Zeitzeuge erinnerte Bela Varga aus Budapest, der vom Juni 1944 mit 139 ungarischen Juden in einer eigenen Baracke hausen und als 14jähriges Kind Nachtschicht im Werk II leisten mußte, an seine Erlebnisse:

„Gleich neben uns war ein Nebenlager von Mauthausen errichtet worden. Wir mußten praktisch mitansehen, wie unmenschlich die Häftlinge darin behandelt wurden. Von da an lebten wir in ständiger Furcht davor, wann die Vernichtungsmaschinerie auch uns fortreißen würde. Wir hatten Glück! Als am 5. April plötzlich alle Mitglieder unserer Lagerführung verschwunden waren, entfernten wir die Judensterne von unseren Kleidern und verließen einzeln das Lager. Leider wurden einige Schicksalsgenossen noch zwei Tage vor der Befreiung von der SS erschossen.“

Bevor die Kranzniederlegung bei dem im Jahre 1981 enthüllten Mahnmal zum Gedenken an die Häftlinge des KZ-Nebenlagers (Ecke Haidestraße/Oriongasse) erfolgte, sang Oberkantor Shmuel Barzilai von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien das Gebet zum Andenken an die verstorbenen Häftlinge des KZ-Außenlagers Saurer-Werk. ■

Herbert Exenberger

„Rote Jugendtage“ im Europacamp am Attersee

Die SJÖ veranstaltet in der Zeit vom 27. bis 30. August 1998 wieder „Rote Jugendtage“ im Europacamp am Attersee. Neben Sport, Spiel und anderen Freizeitaktivitäten werden auch Diskussionen über Drogen-

probleme, Jugendmitbestimmung und die „Gefahr von Rechts“ im Internet veranstaltet. Informationen im SJ-Verbandsekretariat (01/523 41 23) oder in den SJ-Landessekretariaten.

Wir gratulieren:

Zum 96. Geburtstag: Franz Skoraneč, Franz Stern, beide Graz; Louise Axelrad, Helene Chmejrek, Leopold Hlavacek, Wien. **95. Geburtstag:** Josef Schinko, Wien. **94. Geburtstag:** Franz Pesek, St. Pölten; Johanna Krobath, Weiz; Robert Weingartner, Wien. **93. Geburtstag:** Alois Sieberer, Steyr; Margarethe Demuth, Aloisia Grünwald, Karl Schmid, Karl Strasser, Wien. **92. Geburtstag:** Anton Valek, Mannersdorf; Friederike Schneeweiss, Salzburg. **91. Geburtstag:** Alois Essl, Linz; Johann Moser, St. Katharein/Laming; Milli Reitlinger, Anton Schütz, Emma Teynor, Johann Thöne, Wien. **90. Geburtstag:** Maria Amtmann, Hermine Bohrn, Theresia Kralofsky, Dr. Erna Sailer, Agnes Schütz, Josef Votter, Wien. **85. Geburtstag:** Johann Staffenberger, Amstetten; Aloisia Töglhofer, Kapfenberg; Lavinia Mark, Saalfelden; Karl Holz-Söllner, St. Pölten; Rosa Hajek-Traxler, Berta Kraus, Leopold Pfaffel, Dr. Johann Pippersteiner, Franz Reitmeier, Helene Schütz, Bundesrat Josef Seidl, Wien. **80. Geburtstag:** Anna Bassani, Eberschwang; Maria Horvath, Kemeten; Johanna Martina, Kindberg; Anna Dolezal, Erich Pezenka, Fritz Pillwein, Hermann Winter, Alfred Wögerbauer, Wien. **75. Geburtstag:** Adolf Klaming, Bregenz; Franz Krenn, Gablitz; Elfriede Quast, Gmünd; Walter Pfeiffer, Groß-Siegharts; Hilde Pleyer, Großpetersdorf; Anna Reithofer, Kapfenberg; Josef Hirsch, Linz; Otto Gruber, Henriette Sarközi, Salzburg; Kurt Arnold, Adalbert Busta, Erika Neumann, Elfriede Petter, Henriette Taussig, Wien.

Ehrung für Karl Mark und Eduard Schlesinger

Mit zwei Namensgebungen setzten die Döblingler dem populären SPÖ-Politiker Karl Mark ein Denkmal. Nach ihm wurde am 8. Juni in einer Feierstunde der aus den Jahren vor 1934 stammende Gemeindebau im Bereich Sonnbergplatz/Leidesdorfstraße „Karl-Mark-Hof“ benannt, ebenso erhielt die Gasse dort seinen Namen. Eine Gedenktafel erinnert an das Wirken des 1991 im 91. Lebensjahr verstorbenen Politikers, der 1934 verhaftet wurde und 1945 als „Bezirksbürgermeister“ von Döbling zu den ersten gehörten, die für demokratische Verhältnisse sorgten. Mark war im Nationalrat lange Jahre Obmann des Justizausschusses und war Gründer des Wiener Volksbildungswerkes.

Die städtische Wohnhausanlage in der Wilhelm-Leibl-Gasse in Hietzing wurde vom Wiener Gemeinderat in „Eduard-Schlesinger-Hof“ benannt. Schlesinger (1903-1988) wurde früh Mitglied der SDAP und des Schutzbundes. Nach Jahren der Arbeitslosigkeit emigrierte er 1938 nach Großbritannien, wurde dort aktives Mitglied der Vereinigung österreichischer Widerstandskämpfer, meldete sich zur Armee und wurde 1944 in der Ardennenschlacht als alliierter Soldat verwundet. Nach seiner Rückkehr nach Österreich war er in der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, zuletzt als deren Generaldirektor, tätig; in Hietzing war er bis 1969 Fürsorge- bzw. Bezirksrat. Er war Bezirksobmann der Hietzinger Freiheitskämpfer. ■



Foto: BY Melk

Niemals vergessen in Melk

Funktionäre der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer aus den Bezirken Melk und St. Pölten legten im Krematorium des ehemaligen KZ Melk (eines Nebenlagers von Mauthausen) einen Kranz nieder und gedachten der vielen Opfer, welche hier einen oft qualvollen Tod erlitten. Die Häftlinge von Melk mußten Fabriksstollen in einen Berg vorantreiben. Viele von ihnen wurden von der SS-Wachmannschaft sadistisch gequält. LABg. a.D. Karl Gruber erinnerte daran, daß der Leidensweg der Widerstandskämpfer und

der rassistisch Verfolgten vor 60 Jahren begann, als der Name Österreich auf der Landkarte von Hitler ausgelöscht wurde, und daß 1945 durch die militärische Macht der Alliierten die Wiedererrichtung eines demokratischen Österreich möglich wurde. Die Berichte der Zeitzeugen, die Dokumente aus jener dunklen Zeit und die Prozesse gegen Verantwortliche sollen ebenso wie Gedenkfeiern ständige Mahnung an die Jugend sein, alles zu tun, um niemals wieder Diktaturen, in welcher Form immer, entstehen zu lassen. ■

„Info“ am 1. Mai



Unser Wiener Landesverband betreute am Nachmittag des 1. Mai einen vielbesuchten Informationsstand beim Praterfest

Foto: Wilhelm Wagner

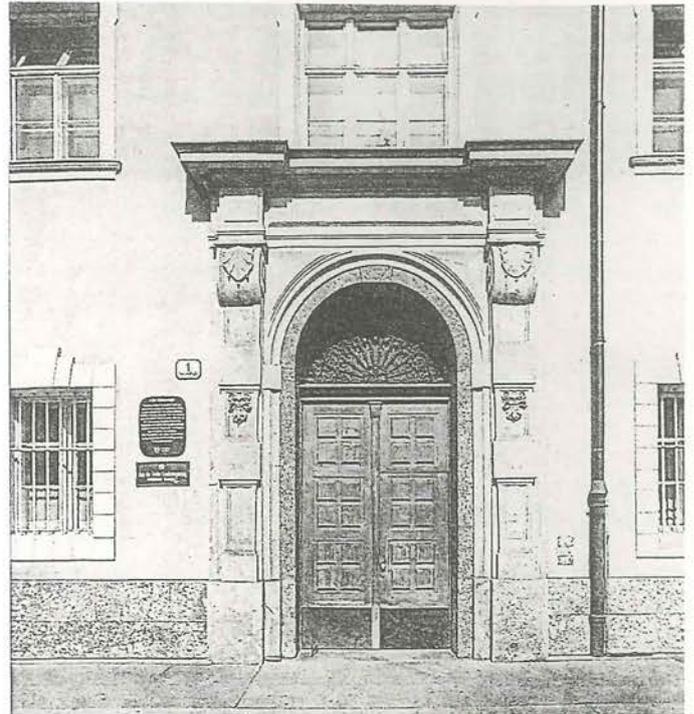
Innsbruck: Trauriger Tafelstreit

Wenn der Anlaß nicht so traurig wäre, könnte man es kurios finden: Seit Monaten wogt nun in Innsbruck der Streit darum, ob am Haus Herrengasse 1, in dem in der Nazizeit der Sitz der Gestapo war, eine Gedenktafel zur Erinnerung an deren Opfer angebracht werden soll.

Der Tiroler Landeshauptmann Wendelin Weingartner hat das bisher beharrlich verhindert und liegt dabei im Clinch mit dem Bürgermeister der Landeshauptstadt, Herwig van Staa. Weingartner wollte die Gedenktafel zunächst in einem gegenüberliegenden Park aufstellen lassen, weil er behauptete, andernfalls würde das Gebäude, in dem einst die Alte Universität war und heute die Landesbaudirektion untergebracht ist, im Volksmund zum „Gestapo-Haus“. Als ihm diese Argumentation von den Initiatoren des Tafelprojekts, hinter die sich auch der Bürgermeister und die Stadtregierung stellten, nicht abgenommen wurde (der Ehrenobmann des KZ-Verbandes, Heinz Mayer: Die Jahreszahlen 1940-45 zeigen doch jedermann, daß die jetzigen Mieter nichts mit den Gestapo-Verbrechen zu tun haben!), beauftragte der Landeschef eine Historikerkommission, zu untersuchen, ob in dem Haus Herrengasse 1 überhaupt gefoltert worden sei. Das hat bei noch lebenden Opfern, die sich verhöhnt fühlten, berechnete Empörung ausgelöst.

Da Bürgermeister van Staa die Mahntafel am 5. Mai – dem Mauthausen-Gedenktage – anbringen lassen wollte, wurde sie bereits gegossen. Die Aufschrift lautet: „In memoriam. In diesem Hause befand sich in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft der Sitz der Geheimen Staatspolizei (GESTAPO). Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden hier aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen verfolgt, gefoltert und ermordet. In Trauer und Erinnerung: Die Stadtgemeinde Innsbruck“.

Diese Inschrift hat übrigens auch eine Vorgeschichte. Der Stadtsekat genehmigte ursprünglich eine Version, in der als Opfer der Nazis namentlich einzig der Polizeimajor Franz Hickl genannt wurde, der beim Juli-Putschversuch 1934 erschossen wurde; dagegen wandten sich sowohl die Tafel-Initiatoren als auch Historiker, da dies nichts mit der Gestapo zu tun habe und Hickl auch schärfstens gegen Sozialdemokraten und Kommunisten vorgegangen sei. Weingartner genierte sich jedenfalls nicht, die Anbringung der



In diesem Haus residierte 1940-1945 die Gestapo

Tafel am 5. Mai zu untersagen. Daraufhin wurde an diesem Tag an dem Haus in Anwesenheit sozialdemokratischer und grüner Stadtpolitiker eine provisorische Papptafel befestigt. Van Staa wollte die Tafel der Stadt auch ohne Bewilligung

des Landes anbringen lassen: „Es kann zwar etwas illegal, aber doch rechtens sein.“ Doch Weingartner kam ihm zuvor: am 25. Juni ließ er eine eigene Tafel anbringen; das führte zu neuen Protesten. Der Streit geht weiter. ■

Brauner „Dichterstein“ nun endlich verboten

Innenminister Karl Schlögl hat dem rechtsextremen Verein „Dichterstein Offenhausen“ jede weitere Tätigkeit untersagt und das heuer geplante „Dichterstein-treffen“ verboten. Gegen den Verein wurde ein Auflösungsverfahren eingeleitet. Der seit 1963 existierende Verein war immer wieder wegen rechtsextremer Umtriebe angezeigt worden. Die Pläne für das heurige Treffen haben endlich auch der Geduld der

Behörden ein Ende bereitet. Die „Dichterstein“-Initiatoren wollten zwei nachweisbare Neonazis ehren: für den 1990 verstorbenen Robert Jan Verbelen sollte ein „Namensstein“ enthüllt werden, das sogenannte „Dichtersteinschild“ sollte bei dem für April geplanten Treffen an Konrad Windisch übergeben werden.

Diese beiden Namen nehmen in der österreichischen Neonaziszene eine besondere Stellung ein.

Der Belgier Verbelen war als Führer einer flandrischen Waffen-SS-Brigade wesentlich an Aktionen gegen Partisanen beteiligt. In Belgien wurde er 1945 wegen Mordes in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Er hatte sich nach Österreich abgesetzt und war im Zuge des Kalten Krieges für den US-Geheimdienst und später für die österreichische Staatspolizei tätig. Der Österreicher Konrad Windisch wurde mehrmals nach dem

NS-Verbotsgesetz verurteilt, zuletzt 1996 wegen Betreibens von NS-Propaganda in sieben Fällen (dieses Urteil ist noch nicht rechtskräftig).

Der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, nahm das Verbot des Vereins „Dichterstein“ mit Genugtuung zur Kenntnis: „Wir begrüßen es, daß es nun endlich ein Ende hat mit den braunen Umtrieben dieses Vereins“.

Parteitag: „Wachsam bleiben!“

Der Landesverband Wien unseres Bundes hat beim Wiener SPÖ-Landesparteitag, der am 6. Juni 1998 im Austria-Center stattfand, eine Resolution betreffend „Wachsam bleiben gegen den Rechtsextremismus“ eingebracht. Sie wurde vom Parteitag einhellig angenommen. Darin heißt es: „Das Erinnern an die NS-Verbrechen ist notwendig, um auf Gefahren der Gegenwart aufmerksam zu machen. Obwohl der Rechtsextremismus in Österreich durch die in den letzten Jahren gesetzten Maßnahmen und durch Gerichtsverfahren, bei denen

führende Neonazis zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, eingedämmt werden konnte, sind laut Sicherheitsbericht im vergangenen Jahr rechtsextremistische Delikte wieder etwas angestiegen. Es gilt deshalb wachsam zu sein. Insbesondere ist es notwendig, der neonazistischen und rassistischen Hetze, die über das Internet auch von Österreich aus betrieben wird, durch Beobachtung und Aufdeckung der Täter entgegenzutreten.“ Auch eine verstärkte Förderung für die Fertigstellung einer personenbezogenen Dokumentation der österreichischen

Holocaustopfer durch das DÖW wurde gefordert.

Weiter wird an Parteitagsbeschlüsse erinnert, die Förderung und Ehrenschatz von Gemeinden für Organisationen, die großdeutsches und rechtsextremistisches Gedankengut verbreiten, untersagen. Schließlich sollte, so die Resolution, „die Endfassung des neuen Parteiprogramms eine Verstärkung des antifaschistischen Auftrages der Sozialdemokratie enthalten“, wobei insbesondere auf den in Österreich latent vorhandenen Rassismus und Antisemitismus einzugehen sei. ■



Foto: Wilhelm Wagner

Befreiungsfeier am 10. Mai

Mauthausen Memorial: 8.8.

Am Samstag, 8. August 1998 findet eine vom BM für Inneres, von der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen und von der Aktion „Mauthausen aktiv“ initiierte Gedenkveranstaltung im Granitsteinbruch des ehemaligen Konzentrationslagers statt. Sie wird von renommierten Künstlern wie Joe Zawinul, Gerhard Roth, Frank Hoffmann und Anton Falkeis inszeniert.

Mitglieder unseres Bundes haben die Möglichkeit, an diesem 8. August mit einem Bus der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände zu dieser Veranstaltung anzureisen. Die Abfahrt erfolgt um 17 Uhr in der Löwelstraße 18. Die Veranstaltung in Mauthausen beginnt um 20 Uhr (Einlaß 19.30 Uhr). Es sind reservierte Plätze vorgesehen. Die Rückkehr wird voraussichtlich erst nach Mitternacht erfolgen.

Die Teilnahme an der Busfahrt ist bis 10. Juli im Bundessekretariat, Tel. 534 27-277, Montag bis Freitag 9-13 Uhr, zu melden.

Die „Gelben“ der Ersten Republik

Am 1. Mai 1998 wurde bekanntlich von der FPÖ – freilich mit schwacher Beteiligung – eine Spaltergewerkschaft gegründet. Das macht ein kürzlich im Verlag des ÖGB erschienenen Buch aus der Feder des Historikers Walter Göhring besonders interessant und auch im Hinblick auf Schlußfolgerungen aus der Geschichte aktuell: „Die Gelben Gewerkschaften Österreichs in der Zwischenkriegszeit“. Anhand von Zeitzeugenaussagen, Materialstudien, Presseauszügen und zahlreichen Protokollen gelingt es dem Autor, eine bislang in der Forschung noch wenig berücksichtigte Thematik darzulegen. Damit wird in aller Deutlichkeit aufgezeigt, daß die Gelben Gewerkschaften, die zumeist im

Nahverhältnis zur antidemokratischen Heimwehr standen, viel eher die Interessen der Unternehmer als die der Arbeiterschaft vertraten. Schließlich waren es ja auch Unternehmer, insbesondere die steirische Alpine-Montan, die sie unterstützt und aufgepäpelt haben. In der Alpine-Montan war der Druck auf die von Entlassung bedrohten Arbeiter so stark, daß die „Unabhängige Gewerkschaft“ (vorder „Heimwehrliste“) 1930 die Mehrheit der Betriebsräte stellen konnte. Die Gelben bekämpften nicht nur die sozi-

aldemokratischen Freien Gewerkschaften, sondern auch die Christlichen Gewerkschaften. Ihre populistische Propaganda bereitete dem Austrofascismus und schließlich dem Nationalsozialismus, der die Gewerkschaften überhaupt abschaffte, den Weg. ■



Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, e-mail-Adresse: kaempfer@spoe.or.at. **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt.

DUR. NR.: 0904783

FRAU

SCHWANTNER GERLINDE
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN